

**Doris Fürstin v. Sayn-Wittgenstein**  
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages

6. Mai 2019

**PRESSEMELDUNG 23/2019**

## **Hat die SPD ein Problem mit unseren Grundwerten?**

Im Kampf gegen rechts bedürfe es auch der Zusammenarbeit mit der Antifa, so Angela Marquardt, die nach einigen Stationen mittlerweile als Mitarbeiterin von SPD-Chefin Andrea Nahles sowie des Bundestagsabgeordneten Sönke Rix gelandet ist. Sie ginge lieber mit „gewaltfreien Antideutschen“ auf die Straße. Nur, wo hat man die bisher in der Öffentlichkeit erlebt?

Die CDU in Rheinland-Pfalz warf der SPD dort vor, massiv in extreme Kreise außerhalb des demokratischen Spektrums verstrickt zu sein. Die Zusammenarbeit der Sozis mit dem linksradikalen Milieu ist offenkundig, nicht nur in Rheinland-Pfalz, wie beispielsweise die bundesweite Hofierung von Organisationen wie der vom Verfassungsschutz beobachteten Interventionistischen Linken (IL) zeigt.

Nun legt Juso-Chef Kevin Kühnert nach: Mit einem Angriff auf das Privateigentum (<https://www.n-tv.de/politik/Juso-Chef-Kuehnert-legt-nach-article21001981.html>). Nicht nur Konzerne, sondern auch private Wohnungsvermieter sollen von seinen Sozialismusplänen erfaßt werden.

Unterstützung bekommt er aus NRW: Der unregelmäßige Markt sei der Gegner, meint der SPD-Vorsitzende dort.

Nur: Wie konnte es zu einem unregelmäßigen Markt kommen? Sind es nicht gerade die EU und die Globalisierung, von allen bisher bestimmenden Parteien befürwortet, die einen solchen Gegner groß werden ließen und kleine und mittelständische Unternehmen bedrohten?

Statt auf Privateigentum zuzugreifen, sollte man die Stellschrauben anderweitig drehen: Etwa bei einer einheitlichen Besteuerung sämtlicher Unternehmen in ganz Europa, ohne Steueroasen, weniger Bürokratismus und mehr Erleichterung für kleine und mittelständische Betriebe. Denn Bürokratie-Monster wie die Datenschutz-Grundverordnung oder praxisferne Regularien wie die Vorfälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen sind es, die die Wirtschaftskraft der Familienunternehmen, die mit rund 90 Prozent den Motor unseres Landes ausmachen, massiv hemmen.

Nicht sozialistische Planwirtschaft und Verstaatlichungsphantasien, sondern unternehmerische Freiheit und Eigenverantwortung müssen Leitbild einer Wirtschaftspolitik mit Zukunft sein!